



... zur Wahl der Hamburgischen Bürgerschaft am 02. März 2025



Folgende acht Statements wurden den Parteien anlässlich der Wahl der Hamburgischen Bürgerschaft 2025 mit Bitte um Positionierung und Begründung ihrer Position zugesandt. Einordnung und Begründungen wurden von den Parteien selbst getroffen.

Version 2025-01-22_1

Download Emoji-Tabelle



Download Poster



PflegoMat
Bürgerschaftswahl



DBfK Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe
Hamburg 2.3.2025







Details zu den Positionen: www.dbfk-pflegomat.de					
Regelaltersgrenze für Pflegefachpersonen bzw. Entgeltpunkte i. d. Rentenversicherung siehe Pflegeberufegratifikationsschein (PBGS) www.dbfk.de/pbgs					
Bevorzugte Zuteilung von Kinderbetreuungsplätzen für beruflich Pflegende					
Verbindliche Personalvorgaben in der stationären Langzeitpflege nachts, max. 30 Bewohner:innen pro Pflegefachperson!					
Pflegefachpersonen mit erweiterten Kompetenzen in der Regelversorgung einsetzen!					
Gesundheitsberuferegister inkl. Registrierung für Pflegefachpersonen in Hamburg einrichten					
Hochschulische Ausbildungsquote anteilig auf min. 30 % durch Ausbau von Studienangeboten					
Sicherstellung der Praxisanleitung in der Pflegeausbildung und Kontrollen					
Verpflichtende Fortbildungen zu Klima- und Hitzeschutzmaßnahmen für Pflegefachpersonen einführen und fördern					




Die Parteien FDP, Die Partei, Die Humanisten und BSW haben auf unsere Positionsanfrage zum PflegoMat Hamburg bis zum 21.01.2025 nicht reagiert, die Piratenpartei hat sich zu unseren Forderungen positioniert, wurde jedoch aus formalen Gründen nicht zur Wahl zugelassen.

Zustimmung Ablehnung neutral





Details →

 POSITION 1

<p>POSITION 1</p>	<p>Die Hamburgische Bürgerschaft muss sich für die Herabsetzung der Regelaltersgrenze bzw. die Erhöhung der Entgeltpunkte in der Rentenversicherung für beruflich Pflegende einsetzen (siehe <u>Pflegeberufegratifikationsschein (PBGS)*</u> des DBfK) um die Attraktivität des Pflegeberufs zu steigern.</p> <p><i>*siehe www.dbfk.de/pbgs</i></p>	<p>Zustimmung </p> <p>Neutral </p> <p>Ablehnung </p> <p>Keine Antwort </p>
<p>SPD</p>	<p>Das ist ein Bundesthema. Wir wollen Tarifbindung in der Pflege und wir wollen (siehe Bundesprogramm unten) tarifvertraglich geregelt bessere betriebliche Altersvorsorge stärken. Daraus könnte auch für die Pflege ein Mehrwert entstehen.</p> <p>Wir wollen, dass unser Sozialstaat auch hier leistungsfähig ist und eine gute Pflege sicherstellt. Deshalb setzen wir uns für eine gute und solidarische Finanzierung auf Bundesebene ein, wollen bürokratische Vorgaben und Verfahren reduzieren und die Beschäftigten stärken</p> <p>Wir sorgen dafür, dass das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung dauerhaft bei mindestens 48 Prozent gesichert wird. Dies ist auch im Interesse derjenigen, die in Zukunft in Rente gehen. Denn nach geltendem Recht läuft diese Stabilisierung des Rentenniveaus schon zum 1. Juli 2025 aus. Damit würde es in Zukunft sinken bzw. stärker von der allgemeinen Lohnentwicklung entkoppelt. Auch wenn die Renten in absoluten Werten nicht sinken, wäre dies faktisch eine Rentenkürzung in der Zukunft. Ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird mit der SPD auch künftig zwei Jahre früher möglich bleiben. Das haben sich gerade Menschen verdient, die früh begonnen haben zu arbeiten. Eine Anhebung der Regelaltersgrenze lehnen wir ab.</p> <p>Wir wollen eine attraktive betriebliche Altersvorsorge stärker fördern, die im Rahmen von Tarifverträgen ausgestaltet werden kann. Angebote ohne Beitragsgarantie, aber mit höherer Renditeerwartung wollen wir stärker verbreitern.</p>	<p>Ablehnung </p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Wir glauben nicht, dass die Absenkung der Regelaltersgrenze angesichts des demographischen Wandels eine zeitgemäße Maßnahme ist. Vielmehr müssen Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass sie ein gesundes Arbeiten bis zum Renteneintritt ermöglichen. Zudem braucht es Konzepte und Arbeitsplatzbeschreibungen, die einen Wechsel in andere Bereiche, z.B. raus aus dem 3-Schichtsystem innerhalb</p>	<p>Ablehnung </p>









	einer Pflegekarriere möglich und attraktiv machen. Besonders neue Berufsbilder wie z.B. Community Health Nursing oder Schulgesundheitspflege bieten interessante Karriere-möglichkeiten für erfahrene Pflegefachpersonen. Diese und andere Karrieremöglichkeiten gilt es fest in das Versorgungssystem zu etablieren, dafür wollen wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode weiter einsetzen.	
CDU	(keine Ausführung der Positionierung)	Neutral 
Die Linke	Ein Beruf in der Pflege geht mit gesundheitlichen Belastungen einher, nicht nur, aber auch durch die Schichtarbeit, die besonders belastend ist. Viele Pflegekräfte halten gesundheitlich gar nicht bis zur Regelaltersgrenze durch. Mit einer Herabsetzung der Regelaltersgrenze wird der Beruf attraktiver und Pflegekräfte bekommen für die großen gesundheitlichen Belastungen ihres Berufes einen gewissen Ausgleich. Das ist angesichts des krassen Pflegekräftemangels eine Frage der Notwendigkeit und der Gerechtigkeit.	Zustimmung 
Volt	(keine Ausführung der Positionierung)	Zustimmung 

<p>POSITION 2</p>	<p>Die Hamburgische Bürgerschaft muss eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten, indem sie für eine bevorzugte Zuteilung von Kita-, Hort- und anderen Betreuungsplätzen für Kinder beruflich Pflegender sorgt.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p> <p>Neutral <input type="radio"/></p> <p>Ablehnung <input type="radio"/></p> <p>Keine Antwort <input type="radio"/></p>
<p>SPD</p>	<p>Sonderregelungen für einzelne Berufsgruppen sind im Hamburger System sachfremd. Hamburg hat aber ein sehr gutes auf Rechtsansprüchen basierendes Angebot, das auch Randzeiten gut abdeckt.</p> <p>In Hamburg hat jedes Kind vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt einen gesetzlichen Anspruch auf den Besuch einer Kindertageseinrichtung im Umfang von fünf Stunden. Diese Grundbetreuung ist in Hamburg für Eltern - inklusive eines warmen Mittagessens - beitragsfrei.</p> <p>Darüber hinaus hat jedes Kind ab Geburt bis zum vollendeten 14. Lebensjahr Anspruch auf Kindertagesbetreuung in dem zeitlichen Umfang, in dem seine mit ihm zusammenlebenden Erziehungsberechtigten wegen Erwerbstätigkeit, beruflicher oder schulischer Ausbildung, Hochschulausbildung, der Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme, der Teilnahme an einer Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit, der Teilnahme an Deutsch-Sprachkursen für Migrantinnen und Migranten oder wegen Arbeitssuche die Betreuung nicht selbst übernehmen können – auch dieser Anspruch ist im Kinderbetreuungsgesetz festgeschrieben.</p> <p>Hamburg löst all diese Rechtsansprüche ein. Wir haben ausreichend Kitaplätze in der Stadt, sodass Eltern die dies wünschen oder darauf angewiesen sind ihre Kinder in einer Kita oder in der Kindertagespflege betreuen lassen können. 99 Prozent der Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt werden in Hamburg in der Kita, der Kindertagespflege oder einer Vorschulklasse betreut – bei den unter 3-jährigen sind es rund 50 Prozent.</p> <p>Auch in der Schule ist die ganztägige Bildung und Betreuung in Hamburg für alle zugänglich und kostenfrei – 90 Prozent der Grundschüler:innen nutzen das Ganztagsangebot. Auf Grund des flächendeckenden und für alle zugänglichen Angebots der Kindertagesbetreuung und der Ganztagschulen, erübrigt sich in Hamburg die Forderung nach einer bevorzugten Zuteilung von Betreuungsplätzen.</p>	<p>Neutral <input checked="" type="radio"/></p>




<p>GRÜNE</p>	<p>In vielen Teilen der Stadt ist der Kita-Ausbau so erfolgreich, dass eine Marktsättigung erreicht wurde und Eltern einen Träger auswählen können, der zu ihren Bedürfnissen passt. Daher ist hier eine Bevorzugung einzelner Berufsgruppen nicht notwendig. Bei besonders flexiblen Arbeitszeiten und Beschäftigungen am Wochenende und in Randzeiten bietet sich darüber hinaus die Kindestagespflege an. Eine Flexibilisierung der Betreuungszeiten hingegen, die es im Schichtdienst Arbeitenden ermöglicht ihre Kinder bereits vor der Frühschicht oder auch am Wochenende in Betreuung zu geben, ist an einigen Betriebskitas, wie z.B. am UKE bereits etabliert. Das wollen wir auch an anderen Kita-Standorten prüfen lassen.</p> <p>Durch eine Anpassung der Fachanweisung wollen wir uns auch dafür einsetzen, dass Personen, die bei der Arbeit eine hohe zeitliche Flexibilität mitbringen müssen, wie zum Beispiel im Bereich der Pflege, Kinderbetreuung und im ärztlichen Dienst, in dieser Flexibilität besser anerkannt werden und mit Kita-Gutscheinen in einem Umfang ausgestattet werden, die diesen Bedingungen Rechnung tragen. So können wir sicherstellen, dass Kinder auch bei spontan und flexibel auftretenden Betreuungsbedarfen in der ihnen vertrauten Umgebung komplikationslos betreut werden und ihre Eltern ihrem Beruf im erforderlichen Umfang nachgehen können.</p>	<p>Neutral </p>
<p>CDU</p>	<p>(keine Ausführung der Positionierung)</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>Die Linke</p>	<p>Eine Arbeit in der Pflege muss auch für Pflegekräfte mit Kindern ohne Hürden möglich sein, doch für viele gleicht die Organisation der Kinderbetreuung einem Tetris-Spiel. Bei der Zuteilung von Kita- und Hortplätzen kommt es auf die Zahl der Wochenarbeitsstunden an und nicht auf den Zeitraum, auf den sich die Arbeitsstunden verteilen können. Das funktioniert nicht für Eltern, die in der Pflege in Schichten arbeiten. Deshalb müssen sie das Angebot einer ganztägigen Betreuung bekommen.</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>Volt</p>	<p>(keine Ausführung der Positionierung)</p>	<p>Zustimmung </p>

POSITION 3	<p>Die Hamburgische Bürgerschaft muss verbindliche Vorgaben zur tatsächlichen Personalbesetzung im Nachtdienst in der stationären Langzeitpflege (Hamburgisches Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz und Verordnungen) machen. Für je 30 Bewohner:innen muss mindestens eine Pflegefachperson anwesend sein.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p> <p>Neutral <input type="radio"/></p> <p>Ablehnung <input type="radio"/></p> <p>Keine Antwort <input type="radio"/></p>
SPD	(keine Ausführung der Positionierung)	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
GRÜNE	<p>Derzeit existiert in Hamburg keine eindeutige Regelung bezüglich des erforderlichen Personalschlüssels in der stationären Langzeitpflege während der Nachtstunden. Allerdings ist ein Prüfaspekt der jährlichen ordnungsrechtlichen Regelprüfung in Wohneinrichtungen der stationären Langzeitpflege, ob „zu jeder Tages- und Nachtzeit mindestens eine Pflegefachkraft anwesend“ ist.</p> <p>Eine pauschale Personalbemessung, die unabhängig der Pflegegrade der einzelnen Bewohner*innen einen Personalschlüssel vorgibt, halten wir an dieser Stelle nicht für sinnvoll. Wir werden uns in Zukunft aber für eine bedarfsgerechte Personalausstattung im Nachtdienst in der stationären Langzeitpflege in Hamburg einsetzen.</p>	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
CDU	(keine Ausführung der Positionierung)	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
Die Linke	(keine Ausführung der Positionierung)	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
Volt	(keine Ausführung der Positionierung)	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>










<p>POSITION 4</p>	<p>Die Hamburgische Bürgerschaft muss sich zur Gewährleistung einer adäquaten Versorgung dafür einsetzen, dass Pflegefachpersonen mit erweiterten Kompetenzen in der Regelversorgung eingesetzt werden – z.B. Advanced Practice Nurses im Krankenhaus, Community Health Nurses, Schulgesundheitspflegende.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p> <p>Neutral <input type="radio"/></p> <p>Ablehnung <input type="radio"/></p> <p>Keine Antwort <input type="radio"/></p>
<p>SPD</p>	<p>Schulgesundheitsfachkräfte an den Grundschulen werden weitergeführt. Community Health Nurse spielt auch bei Lokalen Gesundheitszentren (LGZ) eine Rolle.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
<p>GRÜNE</p>	<p>(keine Ausführung der Positionierung)</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
<p>CDU</p>	<p>(keine Ausführung der Positionierung)</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
<p>Die Linke</p>	<p>(keine Ausführung der Positionierung)</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
<p>Volt</p>	<p>(keine Ausführung der Positionierung)</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>

POSITION 5	Die Hamburgische Bürgerschaft muss ein Ge- sundheitsberuferegister inklusive der Regist- rierung von Pflegefachpersonen einrichten, um angesichts des Fachkräftemangels eine adäquate Gesundheitspersonalplanung vornehmen zu können.	Zustimmung  Neutral  Ablehnung  Keine Antwort 
SPD	Es müsste zunächst geprüft werden, ob und welche gesetzli- chen Grundlagen dafür bestehen und wer das Register ver- walten und aktuell halten könnte?	Neutral 
GRÜNE	Wir stimmen der Aussage zu, dass es zu wenige Informatio- nen darüber gibt, wie viele Pflegefachpersonen mit welchen Zusatzqualifikationen in welchen Bereichen in Hamburg ar- beiten und werden uns dafür einsetzen, dass diese Daten in Zukunft erfasst werden. Die Einrichtung einer gesonderten Registrierungsstelle und den damit verbundenen Verwal- tungsaufwand wollen wir aber vermeiden.	Neutral 
CDU	(keine Ausführung der Positionierung)	Zustimmung 
Die Linke	Zurzeit ist es schwierig aktuelle und verlässliche Daten z.B. über Berufsverweildauern, Berufsausstieg bzw. -umstieg, Be- rufsrückkehr, Ausbildungsabbrüche in der Pflege, der Heb- ammen etc. zu bekommen. Diese Daten werden aber drin- gend gebraucht, um eine verlässliche Planung zu ermögli- chen und wirksame Maßnahmen gegen den Pflegenotstand zu ergreifen und den Erfolg messen zu können. Deshalb be- fürworten wir ein Gesundheitsberuferegister.	Zustimmung 
Volt	Gibt es derzeit nur für den ambulanten Bereich. Dieses Re- gister muss auf alle Pflegebereiche (also auch Krankenhaus, Pflegeheime, etc.) ausgeweitet werden.	Zustimmung 

<p>POSITION 6</p>	<p>Die Hamburgische Bürgerschaft muss den Anteil der hochschulischen Ausbildungsquote durch zusätzliche pflegebezogene Studienplätze und primärqualifizierende Studiengänge auf mindestens 30% erhöhen.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p> <p>Neutral <input type="radio"/></p> <p>Ablehnung <input type="radio"/></p> <p>Keine Antwort <input type="radio"/></p>
<p>SPD</p>	<p>Wir werden die berufliche Ausbildung gemeinsam mit den Partner*innen der beruflichen Bildung weiterentwickeln. Schwerpunkte liegen dabei auf den Erziehungs-, Gesundheits- und Pflegeberufen, um junge Menschen mit einer attraktiven Ausbildung für diese Berufe zu begeistern. Auch die Studienangebote der Beruflichen Hochschule (BHH) müssen in diesem Zusammenhang weiterentwickelt und ausgeweitet werden.</p> <p>Die Basis einer guten Pflege sind die Menschen. Um qualifiziertes Personal zu binden, werden wir die Pflegeberufe durch fundierte Ausbildung und verbesserte Arbeitsbedingungen attraktiver machen.</p> <p>Wir treiben die Professionalisierung der Gesundheitsfachberufe voran: Akademische Ausbildungsangebote, erweiterte Kompetenzen im Bereich Heilkunde, Finanzierung der Ausbildung ohne Schulgeld und mit Ausbildungsvergütung. Wir setzen die bundeseinheitliche Pflegeassistentenausbildung um. Wir vereinfachen und digitalisieren die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und statten das Landesprüfungsamt so aus, dass kurze Fristen eingehalten werden. Kampagnen zur Fachkräftegewinnung wie „Das ist Pflege“, die unter anderem in den sozialen Medien Informationen zu Ausbildung und Studium im Hamburger Gesundheitswesen bieten, werden intensiviert. Wir qualifizieren Mitarbeiter*innen im Gesundheits- und Pflegewesen verstärkt berufsbegleitend.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Wir sind in Hamburg auf einem guten Weg den Anteil von akademisch qualifizierten Pflegefachpersonen weiter zu steigern. Die Kapazitäten des Bsc. Pflege an der HAW Hamburg werden in Zukunft erhöht und der duale Studiengang Pflege an der BHH ist zum WiSe 2024/25 an den Start gegangen. Auch im Bereich der Masterstudiengänge hat sich in Hamburg einiges getan.</p> <p>Der Wissenschaftsrat hält eine Akademisierungsquote in den Gesundheitsberufen von 20% für notwendig. An diesem Wert wollen wir uns auch in der Zukunft weiter orientieren.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p>

CDU	(keine Ausführung der Positionierung)	Neutral 
Die Linke	(keine Ausführung der Positionierung)	Neutral 
Volt	Grundsätzlich ja, eine (Mindest-)Quote von 30% ist derzeit unrealistisch. Langfristig sollte der Beruf der Pflegefachkraft vollständig akademisiert sein. Kommentar der Positionierung: „langfristig ja“	Neutral 

POSITION 7	<p>Die Hamburgische Bürgerschaft muss sich um die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Praxisanleitung (10 % der während eines Praxiseinsatzes zu leistenden Ausbildungszeit) in der Pflegeausbildung kümmern und deren Einhaltung staatlich kontrollieren lassen.</p>	<p>Zustimmung <input checked="" type="radio"/></p> <p>Neutral <input type="radio"/></p> <p>Ablehnung <input type="radio"/></p> <p>Keine Antwort <input type="radio"/></p>
SPD	(keine Ausführung der Positionierung)	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
GRÜNE	<p>Die 10% Praxisanleitung sind in der Hamburger Richtlinie Praxisanleitung verbindlich geregelt und müssen auch entsprechend nachgewiesen werden. Sollte es da zu Problemen kommen, steht die an die AGFW angegliederte zentrale Koordinierungsstelle für Unterstützung zur Verfügung.</p> <p>Unser Ziel ist es in Zukunft Pflegeauszubildende während ihrer Ausbildungszeit besser zu unterstützen und zu empowern, damit sie auch selbst in der Lage sind ihr Recht auf eine gute Ausbildung und ausreichend Praxisanleitung einzufordern. Zu diesem Zweck wollen wir erfolgreiche Angebote wie Care for Care weiterführen und ausweiten, darüber hinaus wollen wir uns aber auch für Sozialarbeiter*innen an allen Hamburger Pflegeschulen einsetzen.</p>	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
CDU	(keine Ausführung der Positionierung)	Neutral <input type="radio"/>
Die Linke	<p>Wegen des Pflegenotstands müssen Auszubildende in der Pflege viel zu oft Lücken in der Personalbesetzung ausgleichen und auch Praxisanleiter*innen haben deswegen viel zu oft nicht die ausreichende Zeit Auszubildende anzuleiten neben ihren sonstigen Aufgaben in der Pflege. Hier brauchen wir eine staatliche Kontrolle, damit angehende Pflegekräfte eine gute Praxis-Ausbildung bekommen und Praxisanleiter*innen auch gute Arbeit leisten können. Das Problem wird zu einem erheblichen Anteil verursacht durch ein Finanzierungssystem im Krankenhaus, das in erster Linie auf Gewinne ausgerichtet ist, statt auf die Bedürfnisse von Patient*innen und Beschäftigte. Hier setzt sich die Linke seit langem dafür ein, das Krankenhäuser dem Gemeinwohl verpflichtet sein sollen, statt Profite zu machen.</p>	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>
Volt	(keine Ausführung der Positionierung)	Zustimmung <input checked="" type="radio"/>

<p>POSITION 8</p>	<p>Die Hamburgische Bürgerschaft muss verpflichtende Fortbildungen für Pflegefachpersonen zu Klimaschutz und Hitzeschutzmaßnahmen einführen und finanzielle Mittel zur Förderung dieser Bildungsarbeit bereitstellen.</p>	<p>Zustimmung </p> <p>Neutral </p> <p>Ablehnung </p> <p>Keine Antwort </p>
<p>SPD</p>	<p>Der Hitzeaktionsplan des Senats kommt noch in der 22. Wahlperiode. Hierzu haben SPD und GRÜNEN einen Antrag eingebracht. Wir halten Fortbildung für sinnvoll sehen aber vorläufig keinen Grund diese den Pflegekräften verpflichtend vorzuschreiben. Wir sehen eher eine Angebotsverpflichtung.</p>	<p>Ablehnung </p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Die Fortbildung von Pflegefachpersonen, Ärzt*innen, Erzieher*innen, Lehrenden und weiteren Berufen zum Thema Hitzeschutz ist ein wichtiger Bestandteil des Hamburger Hitzeaktionsplanes. Auch zum Thema Klimaschutz wird das Fortbildungsangebot in Zukunft sicher weiter ausgeweitet. Eine Fortbildungspflicht halten wir an dieser Stelle für nicht indiziert.</p>	<p>Ablehnung </p>
<p>CDU</p>	<p>(keine Ausführung der Positionierung)</p>	<p>Ablehnung </p>
<p>Die Linke</p>	<p>Die Folgen des Klimawandels treffen besonders vulnerable Menschen, zu denen Kranke, Pflegebedürftige, Senior*innen und ärmere Menschen gehören. Pflegefachpersonen und auch Community-Health-Nurses können hier wichtige Arbeit leisten, um den Hitzeschutz zu verbessern, die Versorgung während einer Hitzeperiode zu verbessern (z.B. in Bezug auf Medikation) und dafür braucht es selbstverständlich Bildung. Gleichzeitig muss sich die Personalbesetzung in der Pflege verbessern, denn für einen wirksamen Hitzeschutz, braucht es auch Zeit und Aufmerksamkeit.</p>	<p>Zustimmung </p>
<p>Volt</p>	<p>(keine Ausführung der Positionierung)</p>	<p>Zustimmung </p>